

„Wenn es sein muss, fahre ich selber nach Berlin“

UMSPANNWERK Am Ende eines diskussionsreichen Abends gibt Winkelhaid's Bürgermeister Michael Schmidt ein Bekenntnis ab.

VON JOHANNES GURGUTA

WINKELHAID - „Wir sind hier, um das dümmste Bauwerk seit dem Turmbau zu Babel zu verhindern“, sagt Herbert Krüger, ehemaliger Vorsitzender der nicht mehr existenten SPD Winkelhaid. Er hat am Dienstagabend zu einer Demonstration vor dem Saal des Sportzentrums, wo Bürgermeister Michael Schmidt im Anschluss einen Informationsabend zum Thema Umspannwerk veranstaltet, eingeladen. Für ihn habe die Juraleitung nichts mit einer Energieende zu tun, sie behindere sie sogar. „Das Geld kann besser eingesetzt werden, zum Beispiel für Verteilernetze und regenerative Energien“, ist sich Krüger sicher. Er hat 20 Personen für die Demonstration angemeldet, würde sich aber 2000 wünschen - am Ende stehen etwa 40 da.

Zuspruch bekommt er vom Leiburger Gemeinderat und Trassengegner-Veteran Hubert Galozy und der Sprecherin des Aktionsbündnisses gegen die Süd-Ost-Trasse Dörte Hamann. Während sie reden fährt Schmidt mit seinem Auto vor und wird sofort von schrill pfeifenden Trassengegnern belagert - es fallen auch Beleidigungen.

Der Saal des Sportzentrums füllt sich schnell. Etwa 200 Personen aus Winkelhaid, Ungelstetten, Ludersheim, Leinburg, Altdorf und Feucht quetschen sich in den vollen Raum. Zu Beginn trägt Schmidt einige Fakten der vergangenen 11 Jahre vor: Es geht vom Atomausstieg über die Aufnahme der 160 Kilometer langen Juraleitung in den Bundesbedarfsplan bis hin zu Stellungnahmen der Gemeinde Winkelhaid. „Wichtig war uns stets ein Trassenverlauf um Winkelhaid herum“, versichert er.

Alternativstandort ist vom Tisch

Dann kommt es zur Überraschung des Abends. Der von der Winkelhaider Verwaltung vorgeschlagene Alternativstandort für das Umspannwerk nordöstlich von Ungelstetten ist vom Tisch. „Tennet hat uns geantwortet und sieht das Gebiet als unwirtschaftlich an“, erklärt Schmidt.

Damit wird der Standort auch vonseiten der Gemeinde nicht mehr weiterverfolgt. Tosender Applaus füllt den Saal. Für viele ist diese Aussage ein kleiner Sieg - nicht nur für die Verhinderung des Umspan-



Lautstark präsentieren sich die Trassengegner vor dem Saal des Sportzentrums in Winkelhaid.

Fotos: Johannes Gurguta

werks, sondern der Trasse allgemein.

„Wir befinden uns am Ende eines Raumordnungsverfahrens und ich glaube nicht, dass wir diese Trasse noch verhindern können“, bremsst Schmidt die Freude. Er kann sich nicht vorstellen, dass die Bundesregierung in Zeiten wie diesen das Gesetz ändern wird. „Die Landschaft wird sich im Rahmen der Energieende verändern, das muss uns allen klar sein“, fügt er hinzu und bezieht sich auch auf PV-Anlagen und Windräder, die andere Gemeinde betreffen werden. Weitere Alternativstandorte für ein Umspannwerk seien noch im Gespräch, wie zum Beispiel am Autobahnkreuz Altdorf.

Für Schmidt ist diese Absage an den Standort Ungelstetten ein Rückschlag, weil dadurch weiterhin die eminente Gefahr besteht, dass das Umspannwerk nördlich der Bahnstrecke in Winkelhaid entstehen könnte. „Das ist undenkbar und

ich werde mit allen Mitteln dagegen kämpfen“, versichert er. Für weitere Planungen müsse Tennet aber erstmal ihren Vorzugsstandort nennen - das solle Anfang nächsten Jahres geschehen.

„Solche Aussagen tun weh“

Schließlich gibt Schmidt auch auf Vorwürfe und Spekulationen ein, die der Verwaltung und ihm persönlich entgegengebracht werden. „Es ist falsch, dass die Gemeinde den Trassenbau bevorzugt oder befürwortet“, stellt er klar. Er freue sich auch nicht über die Trasse, er stehe aber zu dem, was er geäußert hat: „Winkelhaid kann mit dem Verlauf bei der Autobahn leben.“ Außerdem habe man vorgeworfen, dass die Gemeinde eine Gewerbesteuer aus dem Umspannwerk bekomme, ein ganzer Industriepark geplant sei und er persönlich Geld von Tennet erhalte. Diese Vorwürfe weist er entschieden zurück: „Da hörts auf, solche Aussagen tun weh.“

Einige Trassengegner werfen ihm außerdem vor, dass er mutwillig den Bayerischen Bauernverband vom Forum an diesem Abend ausgeschlossen habe. „Das ist eine Falsch-aussage, die Veranstaltung ist öffentlich, der Bayerische Bauernverband ist wichtig und warum sollte ich das tun“, entgegnet er und appelliert dazu, sachlich zu bleiben. Vielmehr fragt er sich, warum ein Bürgermeister die Zielscheibe für ein Bundesgesetz ist und wieso man sich nicht an die Bundestagabgeordneten wendet. „Wir kämpfen doch alle auf der gleichen Seite“, erklärt er, „warum müssen Bürgermeister die Folgen einer verkorksten Energiepolitik ausbaden?“

Das sehen einige Anwesende anders und fordern ihn dazu auf, eindeutig Partei für ihre Belange zu ergreifen - wie es etwa Altdorfs Bürgermeister Martin Tabor tut: „Sie stehen als unser Bürgermeister vorne und sagen: Ich glaube, das klappt nicht. Wissen Sie, was das für eine psychologische Wirkung hat?“, fragt ihn eine Teilnehmerin. Für Schmidt stehe aber Realismus statt Applaus im Vordergrund. „Ich sage, was ich glaube“, entgegnet er. Eine andere

Teilnehmerin wünscht sich mehr Transparenz - vor allem auf der Website der Gemeinde - bei der Thematik: „Die Informationspolitik ist unterirdisch, wir wollen besser informiert werden.“ Diesen Punkt nimmt Schmidt wohlwollend auf. „Ich verspreche da eine Besserung“, sagt er.

„Harte Kost“

Im Anschluss übernimmt die eingeladene Rechtsanwältin Andrea Hennecken von der Kanzlei Bühner & Partner das Wort. Sie ist Expertin auf dem Gebiet Verwaltungsrecht und hat sich mit dem Thema Umspannwerk befasst. Es geht ihr darum, den Anwesenden mitzuteilen, welche Möglichkeiten im Laufe des Verfahrens ergriffen werden können.

„Ich wurde eingeladen, um Ihnen harte Kost mitzuteilen“, startet sie ihren Vortrag. Nachdem das Raumordnungsverfahren abgeschlossen ist, gehe es an das sogenannte Scoping-Verfahren. In diesem von der Regierung durchgeführten Prozess wägen Gutachter Schutzgüter, die zum Beispiel Natur- und Artenschutz betreffen, ab. „Privatpersonen haben keinen Einblick in das Verfahren“, erklärt sie. Eine Person fragt, was dort als „Game-Changer“

gefunden werden müsste. Hennecken erklärt, dass sie weder Gutachterin noch Biologin sei, „aber mit Tieren der roten Liste wären Sie einen Schritt weiter.“

Der nächste Schritt nach dem Scoping-Verfahren ist das Planfeststellungsverfahren. Darin fließen die Ergebnisse des Raumordnungsverfahrens, die Umweltbelange und gemeindliche und private Belange zusammen. In diesem Schritt könne man als Bürger erstmals wieder agieren und Einwände vorbringen. Das kann in einem kurzen Zeitraum von zwei Wochen gemacht werden. Schmidt versichert, die Allgemeinheit rechtzeitig und übergreifend zu informieren. Das Verfahren endet mit dem Planfeststellungsbeschluss. Da kann man nur noch mit einer Klage vor einem Bundesverwaltungsgericht entgegenwirken.

Zum Abschluss sichert Schmidt allen Anwesenden eine transparentere Kommunikation, auch durch regelmäßige Infoabende sobald sich in der Thematik etwas tut, zu. Außerdem werde er sich mit den drei Bundestagabgeordneten aus dem Nürnberger Land in Verbindung setzen, um das Thema bis nach Berlin zu tragen. „Wenn es sein muss, fahre ich selber nach Berlin“, versichert er.

MEINUNG



Schmidt ist ihr Sündenbock

Warum Bürgermeister die falsche Adresse für Anfeindungen sind

EIN KOMMENTAR VON JOHANNES GURGUTA

Ich bin ein großer Befürworter des gerechtfertigten Widerstands. Ich habe selbst schon unzählige Demonstrationen besucht und sehe es auch als Pflicht an, die eigene Meinung kundzutun. Deswegen verstehe ich zu großen Teilen auch den Unmut gegen die Juraleitung. Denn viele Argumente der Trassengegner sind durchaus stimmig und verständlich. Und dass bei so einem Thema Emotionen mit-schwingen, ist ebenso verständlich. Ich habe bei der Demonstration vor der Infoveranstaltung am Dienstagabend aber auch bemerkt, dass einige Trassengegner nach einem Sündenbock gesucht haben. In diesem Fall war das Bürgermeister Michael Schmidt, der für viele die Zielscheibe für die eigene Wut darstellt. Pfeifend und

schimpfend wurde er schon auf dem Parkplatz empfangen und sogar bis in den Saal verfolgt. Krude, unbewiesene Aussagen, fast schon Verschwörungstheorien, wurden über ihn verbreitet. Als Marionette von Tennet wurde er bezeichnet und, dass er bestimmte Akteure gezielt von der Diskussion aus-laden habe. Von ihm wird erwartet, sich voll und ganz auf die Seite der Bürgerinitiativen zu stellen, obwohl er in zentralen Punkten eine andere Meinung vertritt. Wird hier von einem Politiker verlangt, dass er seine Ansichten über Bord wirft - sich selbst belügt? Das ist paradox und fehl am Platz. Der Protest sollte sich eigentlich gezielt nach Berlin richten. Denn dort werden Beschlüsse gefasst, mit denen Bürgermeister, als letzte Glieder in der Informations-Nahrungskette, leben müssen.

johannes.gurguta@der-bote.de



Andrea Hennecken, Fachanwältin für Verwaltungsrecht, und Bürgermeister Michael Schmidt stellen sich den Fragen der Anwesenden.